



Esslingen, 23. Dezember 2024

P R E S S E M I T T E I L U N G

Breites Bündnis für eine Landesgartenschau

Antrag an die Verwaltung gestellt

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte bereits mehrmals einen Antrag gestellt, die Stadt Esslingen möge sich auf eine Gartenschau bewerben. Gemeinsam mit CDU, SPD und Freien Wählern starten sie nun erneut einen Anlauf. „Wir sind offen auf die anderen Fraktionen zugegangen, haben Ihnen unsere Idee präsentiert und freuen, uns mit den drei anderen starken demokratischen Fraktionen im Gemeinderat gemeinsam dieses Projekt voranzutreiben“, betont die Fraktionsvorsitzende Carmen Tittel.

Die Zeit drängt, denn voraussichtlich wird im Jahr 2026 eine erneute Ausschreibung stattfinden, die die Landesgartenschauen und Gartenschauen ab dem Jahr 2038 bestimmen wird. Machbarkeitsstudien und Bewerbungsunterlagen müssen erstellt, finanzielle Rahmenbedingungen abgesteckt werden, um sich erfolgreich für die Jahre 2038 und folgende bewerben zu können.

„Wir sehen in einer Landesgartenschau eine optimale Möglichkeit, Esslingen städtebaulich, ökologisch wie auch ökonomisch für die Zukunft fit zu machen. Wir müssen uns an sich verändernde klimatische Bedingungen anpassen, gleichzeitig können wir für mehr Aufenthaltsqualität sorgen und so Einzelhandel und Tourismus stärken und auch für Investoren attraktiv bleiben“, so Stadtrat Ben Baecker.

Die positive, transformierende Wirkung, die eine Gartenschau auf Städte und Kommunen hat, lässt sich an Beispielen wie Heilbronn, dem Scharnhauser Park in Ostfildern oder Schwäbisch Gmünd gut beobachten.

„Unsere gemeinsame Klausur zu Anfang unserer Amtszeit in Schwäbisch Gmünd hat Eindruck hinterlassen. Ein gemeinsames Ziel, die Bündelung unserer Mittel auf ein übergreifendes Projekt und einen feststehenden Zeitpunkt wird unserer Hoffnung nach Gemeinderat und Verwaltung zusammenschweißen und dafür sorgen, dass dieses Projekt gelingt“, betont Stadtrat Andreas Fritz den verbindenden Charakter, den ein so umfangreiches Projekt haben kann. Doch zunächst benötigt es eine Mehrheit für den Antrag und eine überzeugende Bewerbung für einen der freien Plätze.

Der Antrag greift neben einer Bewerbung für eine Landesgartenschau ebenfalls die Möglichkeit auf, sich für eine interkommunale Gartenschau entlang des Neckars zu bewerben und mit den Nachbargemeinden gemeinsam eine Gartenschau auszurichten. Auf Ebene der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart wurde ein solcher Antrag bereits von der CDU/ÖDP-Fraktion ins Gespräch gebracht.